

Kreistag am 19. Dezember 2024

TOP 38: Stellenplan: Stellungnahme SPD-Fraktion

Zwei Tage vor der Sitzung des Kreisausschusses am 5.12. legte uns die Jamaika-Koalition einen Antrag, datiert vom 2.12., vor, eine A-16 Stelle in eine B-2 Stelle zu überführen.

Es war immer Anliegen der SPD-Fraktion, dass gute Arbeit auch gut entlohnt werden soll. Die SPD-Fraktion hat deshalb in den letzten Jahren darauf gedrängt, dass die Möglichkeiten des Tarifrechts diesbezüglich ausgenutzt werden.

Deshalb haben wir im KA vom 5.12.2014 angefragt, ob die Höhergruppierung nicht auch durch andere Maßnahmen kompensiert werden kann. Dies wurde abgelehnt.

Aus den folgenden Gründen haben wir gezögert, dem Antrag der Jamaika-Koalition aus CDU, FDP und Grünen zu folgen:

1. Gilt für diese Stelle das gleiche Maß an Verantwortung wie für die bestehenden B2-Stellen der Dezernentenstellen?
2. Wie ist die Anhebung dieser Stelle zukünftig besoldungs- und arbeitsrechtlich zu bewerten? Wie wird diese Stelle z.B. bewertet, wenn der Stelleninhaber/in die Kreisverwaltung verlässt? und:
3. Müssten entsprechend nicht auch andere Amtsleiterstellen aufgewertet zu werden, die aufgrund ihrer komplexen Materie und der mit diesen Stellen verbundenen Verantwortung ähnlich einzustufen sind, wie die hier zur Rede stehenden Stelle?

Wir werden dem Antrag der Erhöhung der bezeichneten Stelle von A16 auf B2 dennoch zustimmen.

Wir erwarten jedoch, dass sich der Kreistag unverzüglich, – z.B. im Rahmen des erwarteten Personalentwicklungskonzeptes – um gerechte Stellenbeschreibung und dem folgend einer entsprechend gerechten Eingruppierung berät.

gez. Jens Geyer
Vorsitzender

Haushaltsrede der CDU-Fraktion im Kreistag Mettmann zum Haushalt 2025 am 19.12.2024 – Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Zuschauer an den Streaminggeräten, Besucher und Vertreter der Presse!

Die Verabschiedung des Haushaltes ist der wesentlichste Punkt und zentrales Stück der kommunalen Selbstverwaltung. Insofern ist es unser Recht aber auch unsere Pflicht unsere Haltung zu dieser Vorlage zu erläutern und zu begründen.

Vor dem Sachvortrag möchte ich wie jedes Jahr dem Kämmerer Christian Schölzel und seinem Team für eine sehr gute Vorlage danken. Angesichts der wenigen Anträge zum Haushalt aus den Fraktionen kann man schließen, dass der Grundsatz solider und nachhaltiger Kreisfinanzen bei der Aufstellung Pate stand.

Der Dank geht auch an das Kreistagsbüro um Frau Maxine Stief und Nico Hüsgen, die uns zu fast jeder Tag- und Nachtzeit mit Abstimmungsergebnissen und neuen Vorlagen versorgt haben.

Hinweis: Resolution aus Haan

Der Haushalt wurde in einer Zeit aufgestellt, die von Unsicherheiten und Krisen geprägt ist.

Bei der Wirtschaft:

- Heimische Arbeitsplätze sind auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig.
- Die Welt hat aufgeholt und bietet Hightech-Produkte
- konkurrenzlos günstig an.
- Die Energiepreise sind irrsinnig hoch.
- Arbeitskräfte sind überall Mangelware.
- Überbordende Bürokratie

Bei den Kommunen:

- Die Kosten laufen den Einnahmen in allen Bereichen
- Davon.
- Auswirkungen weltweiter Krisen müssen vor Ort gestemmt
- werden.
- Kommunen sind der Reparaturbetrieb für gesellschaftliche
- Fehlentwicklungen.

Bei vielen weiteren Ebenen - Ukraine, Nahost, USA usw.:

- Wie real ist die Bedrohung durch Russland?
- Können wir uns darauf verlassen, verteidigt zu werden oder
- müssen wir selbst einen erheblichen Beitrag leisten?
- Kommt eine neue Flüchtlingswelle aus dem Nahen Osten?
- Wie hart könnten uns Handelszölle der USA treffen?

Nur einige Aspekte, die früher oder später auch den Kreishaushalt erreichen werden.

Diese Eingangsdaten haben den Kreishaushalt bislang nur mittelbar betroffen. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Ab 2026 werden wir uns alle aus der Komfortzone herausbewegen müssen und Entscheidungen treffen, die nicht allen gefallen werden, aber eben notwendig sein werden. Diese Notwendigkeit ist im Übrigen völlig unabhängig davon wie sich die wirtschaftliche Lage in Monheim entwickelt. Die Richtung wird von anderen globalen Trends vorgegeben.

In den letzten Jahren hat der Landrat immer herausgehoben, dass der Kreis Mettmann steuerstark und zum Leidwesen aller abundant ist. Das heißt, dass es seit Jahren keine Schlüsselzuweisungen für den Kreis gab.

Den fortlaufend steigenden Kosten standen immer Rekordeinnahmen bei den Umlagegrundlagen entgegen. Zwischen 2019 und 2023 sank der Kreisumlagehebesatz sogar auf unter 30 %. Im Verhältnis zu anderen Kreisen stellte dies eine sehr maßvolle und angenehme Beteiligung der kreisangehörigen Städte an den Kreisaufgaben dar.

In der Referenzperiode zu diesem Haushalt sind die Umlagegrundlagen entgegen vielen Voraussagen wieder gestiegen auf nun rd. 1.426 Mio. €.

Diese Umlagegrundlagen sind keine abstrakte Größe, das ist Geld, das die Unternehmen und Bürger an Steuern an den Staat abgeführt haben. Dieses Geld ist auch bei den kreisangehörigen Städten angekommen.

In den letzten Wochen kam eine städtische Kämmerin sogar ins Fernsehen mit der Behauptung, dass ihre Stadt unter anderem wegen der Kreisumlage in fünf Jahren platt sei. Weltuntergangsphantasien und eine Abrechnung mit allen möglichen Institutionen drücken ein großes Maß an Frustrationen aus, die man in einem langen Arbeitsleben gesammelt hat, sie helfen allerdings weder sachlich noch mental bei der Bewältigung der Probleme.

Wen will man zum Anpacken ermuntern, wenn man den Untergang vor sich sieht? Wenn Gesprächsbedarf besteht; wir reichen trotzdem die Hand.

Ein Teil der Erhöhung der Kreisumlage (rd. die Hälfte) ist unmittelbar auf die Mehreinnahmen bei den Umlagegrundlagen zurückzuführen. Wenn ich viel verdient habe, dann darf ich mich nicht wundern, dass ich mehr Steuern an das Finanzamt abführen muss. Da spielt es auch keine Rolle, dass ich das Geld an anderer Stelle gut gebrauchen könnte.

Diese Steigerung kann diesmal jedoch die Kostenaufwüchse im Bereich der LVR-Umlage, der Sozial- und Transferaufwendungen und Personalkosten nicht mehr ausgleichen. Der Anteil der LVR-Umlage am Umlagebedarf liegt bei rd. 50 %. Die Hälfte der Kreisumlage wird direkt nach Köln zum LVR weitergeleitet. Der vom Kreis Mettmann beanspruchte Teil an den Umlagegrundlagen sind nur rd. 16 %. Darüber reden wir hier. Der größte Teil ist im Übrigen pflichtig!

Man kann schnell feststellen, dass wir ein Ausgaben- und kein Einnahmeproblem haben. Über die meisten Ausgaben können wir allerdings nicht frei verfügen, sondern diese werden auf Landes- und vor allem auf Bundesebene beschlossen, ohne dass es eine ausreichende Finanzierung gäbe. Ein altes Problem, das auch mit neuen Machtverhältnissen in Berlin nicht so schnell zu lösen sein wird.

Und in den Fällen, wo das tatsächlich der Fall ist, bleiben die meistens ungedeckten Personalkosten für diverse Verwaltungsleistungen in unserem Haushalt hängen.

Am Beispiel des Sozialetats lassen sich die Steigerungen deutlich machen.

Der Anstieg von rd. 95 Mio. € in 2022 zu rd. 131,5 Mio. € in 2025 bedeuten einen Aufwuchs von 36,5 Mio. €. Wir haben hier darüber niemals beschlossen und die Leistungen müssen bezahlt werden, weil man andernorts die Anspruchsgrundlagen und die Anzahl der Anspruchsberechtigten ausgeweitet hat. Der Anteil sämtlicher Transferleistungen am Haushalt beträgt 69 %. Da soll mal einer etwas von sozialer Kälte erzählen.

Sollten die Umlagegrundlagen aufgrund des für 2026 angemeldeten Gewerbesteuerleinbruchs in Monheim und der dümpelnden Wirtschaftslage tatsächlich zurückgehen, dann ergibt sich in den kommenden Jahren ein Fehlbetrag in allen kommunalen Haushalten des Kreises Mettmann der mit den besten Kämmerertricks nicht mehr auszugleichen ist. Weder die jetzt schon praktizierte Kreditfinanzierung von konsumtiven Ausgaben noch das Wegsparen sämtlicher freiwilliger Ausgaben wird dann zu einem Haushaltsausgleich führen.

Die einzige Lösung liegt darin, den Aufwuchs der individuellen Ansprüche einzudämmen und für eine bessere wirtschaftliche Entwicklung zu sorgen. Ein weiter so mit Vollkasko ohne Selbstbeteiligung wird es nicht geben können. Ich bin mal gespannt, wann das kommt.

Auch der Kreis Mettmann wird sich im Rahmen der kommunalen Familie an den zukünftigen Belastungen angemessen beteiligen müssen. Das bedeutet vor allem sämtliche Kostenansätze auf den Prüfstand zu stellen und trotzdem eine funktionierende, leistungsfähige Verwaltung mit soliden und nachhaltigen Kreisfinanzen zu gewährleisten.

Funktionierende Verwaltungen sind auch ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft. Verlässlichkeit, Transparenz und ein hohes Maß an Korruptionsfreiheit sind ein wichtiger weicher Standortfaktor, den es so nur in wenigen Ländern gibt.

Verwaltung ist ein Baustein einer funktionierenden Wirtschaftsförderung. Wenn ich als Unternehmer 2 Jahre auf eine Genehmigung warten muss, dann fange ich ein Projekt gar nicht erst an. Wir wollen die Verwaltung nicht abschaffen, nur weil sie etwas kostet. Sie leistet auch sehr viel.

Wir sollten also bei allen Sparbemühungen nicht den Ast absägen, auf dem wir sitzen.

In diesem Sinne ist auch unser Antrag zu einem Konsolidierungsbetrag von 5,6 Mio. € zu verstehen. In den letzten Jahren haben sich bereinigt um Sondereffekte Jahresüberschüsse ergeben, die regelmäßig der Ausgleichsrücklage zugeführt und im darauffolgenden Haushalt dazu verwendet wurden die Kreisumlage zu senken.

Diese Überschüsse werden mit dem Rechtskonstrukt des globalen Minderaufwandes vorweggenommen und sind tatsächlich aus den Vorjahren sauber ermittelt und nicht einfach mit der Höchstgrenze angenommen.

Der globale Minderaufwand wurde von der Landesregierung nicht als Sparinstrument, sondern als Stellschraube dafür vorgesehen, dass die Ausgabenziele insbesondere im investiven Bereich aufgrund von Personalknappheit oder anderer Ressourcenmängel nicht erreicht werden konnte. Salopp ausgedrückt. Die „PS“ standen bereit, kamen aber nicht auf die Straße.

Ein weiteres Indiz gegen die Sparfunktion ist die Möglichkeit diesen Minderaufwand auf neue Rechnung vorzutragen, wenn er sich tatsächlich nicht einstellen sollte.

Dass es sich um ein fragiles Konstrukt handelt, wissen wir alle, denn wenn es schlecht läuft, könnte es im Rahmen eines Nachtragshaushaltes sogar eine Nachforderung geben.

Im Sinne einer angemessenen Belastung der kreisangehörigen Städte und dem Interessenausgleich zwischen kreisangehörigen Kommunen und Kreis gehen wir gerne ein Stück näher an die „Bahnsteigkante“ und hoffen, dass uns dort nichts passiert.

Ein Minderaufwand und Einspareffekt von 2 % ist utopisch und würde die Leistungsfähigkeit der Verwaltung gefährden. Hier unterstützen wir die Haltung des Landrates, der in seiner Haushaltsrede einen 2 % Minderaufwand kategorisch abgelehnt hat.

Die Anträge zu einem 2%igen globalen Minderaufwand der UWG- und AfD-Fraktion im Kreisausschuss wurden von den Antragsteller auch kaum verteidigt, weil auch Sie wußten, dass diese Zahlen einfach nur geraten, ausgedacht und unrealistisch sind. So kann man in den Städten tatsächlich gefallen. Ein Beitrag zu einer soliden Haushaltspolitik ist das natürlich nicht. Gut, dass Sie sich nicht weiter bemüht haben.

Entgegen vielen Forderungen Eigenkapital zur Senkung der Kreisumlage einzusetzen, sind wir in der CDU-Fraktion und der Kooperation wieder zum Ergebnis gekommen, dass das bestehende Eigenkapital die Grundlage zukünftigen Handels ist. Insofern haben wir unseren Antrag zum Konsolidierungsbetrag mit einer Klausel zum Schutz des Eigenkapitals versehen. Sollte sich der Konsolidierungs-betrag am Ende nicht einstellen, dann muss dieser auf neue Rechnung vorgetragen werden und kann nicht gegen das Eigenkapital gebucht werden. Der Kreis kann abgebautes Eigenkapital nur dadurch wieder aufbauen, in dem er dieses über die Kreisumlage einsammelt. Dass das möglich sein wird, daran glaubt nun wirklich niemand. Hier liegt auch der große Unterschied zu den Städten, langfristig andere Möglichkeiten haben wieder Eigenkapital aufzubauen.

Ein schwacher und finanziell wackeliger Kreis kann auch nicht im Sinne der kreisangehörigen Städte sein. Wer sonst rettet Krankenhäuser, engagiert sich bei der Regiobahn oder organisiert zukünftig den Rettungsdienst. Alles keine Aufgaben, die vergnügungsteuerpflichtig sind, aber gemacht werden müssen und ein gewisses Maß an finanzieller Freiheit erfordern. Diese Freiheit und Stärke wollen wir dem Kreis Mettmann und seinen Städten bewahren.

Zum Haushalt gehört auch ein Stellenplan, den wir ausdrücklich so mittragen.

Der größte Teil der geforderten Stellen (Kreisleitstelle, Einbürgerung, Ausländerangelegenheiten usw.) ist nach einer Nullrunde im Jahr 2023 völlig unstrittig und darüber hinaus gibt es wieder einen Personalkostendeckel innerhalb dessen die Verwaltung den Stellenplan bewirtschaften kann. Dass

sämtliche Stellen besetzt werden, ist angesichts der demographischen Entwicklung ohnehin nur ein frommer Wunsch.

Wirkliche Veränderungen an diesem Stellenplan nach unten wird es nur geben, wenn der Aufwuchs an Aufgaben, Dokumentationen, Verfahren usw. beendet und zurückgefahren wird. Die Hoffnung, dass die Digitalisierung spürbar Abhilfe schaffen wird, hat sich bislang nicht bestätigt. Im Gegenteil stellt sich vielfach ein Rebound-Effekt ein, der dazu führt, dass mit Hilfe der Digitalisierung noch mehr Bürokratie betrieben wird. (Bauantrag Garage gestern drei Seiten - heute Aktenordner)

Sinnvollerweise müssten die Ausgaben den Einnahmen angepasst werden.

Sollten diese Anpassungen notwendig werden, dann gibt es einige Bereiche die für die zukünftige Entwicklung so entscheidend sind, dass man daran nicht sparen kann.

- Bildung mit Berufskollegs, Förderzentren, Förderschulen, heilpädagogische und integrative Kindertagesstätten

Wir sind ein rohstoffarmes Land, insofern ist Bildung unsere wichtigste Ressource.

Für die betrieblichen und dualen Ausbildungsmöglichkeiten werden wir allgemein in Deutschland beneidet. Es gibt auch ein Leben jenseits eines Hochschulstudiums. Die vielen Bildungsgänge und zahlreichen Schüler sprechen eine eindeutige Sprache.

Wir stehen nach wie vor zu unseren Förderzentren, Förderschulen und Kindertagesstätten, weil wir überzeugt sind, dass unsere Kinder hier die bestmögliche Bildung und Förderung erhalten. Die Eltern glauben das im Übrigen auch, sonst würden die Schülerzahlen nicht konstant wachsen.

Die Instandhaltung und der Ausbau müssen weiter voran gehen. Sie beschäftigen zu Recht einen großen Teil der Immobilienabteilung.

- Bevölkerungsschutz

Aufgrund sich ändernder demografischer Faktoren und schwindender Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung steigen die Einsatzzahlen unablässig.

Wir möchten, dass dauerhaft jedem die erforderliche Hilfe zu Teil wird. Die Steigerung der Personalstellen in der Kreisleitstelle tragen wir deswegen ausdrücklich mit. Der Stellenwert des Bevölkerungsschutzes wird immer dann deutlich, wenn Katastrophen über uns hereinbrechen. Im Augenblick spricht man nicht viel davon, wir haben es aber auf dem Schirm.

- Kultur

Kultur ist kein Luxusgut, das man sich leistet, wenn man sonst schon alles hat. Es ist eine Frage der grundsätzlichen Haltung und Selbstreflektion. Es gibt einen Grundbedarf, der immer vorhanden ist und gestillt werden muss. Selbst in einfachsten Verhältnissen leisten sich Menschen Kultur.

Die mit viel Mühe aufgebaute Kreiskultur wollen wir bewahren und weiterentwickeln.

- Energie- und Klimatransformation

Die Notwendigkeit der Energie- und Klimatransformation ist unter allen Vernunftmenschen unbestritten.

Die kommenden PV-Projekte mit einem Stromkreismodell haben das Potential, auch jenseits der CO²-Vermeidung wirtschaftlich interessant und erfolgreich zu werden.

So stellen wir uns wirksamen Klimaschutz vor, der nicht nur kostet und die Wirtschaft mit der Abrissbirne bearbeitet, sondern wirtschaftliche Vorteile und ein hohes Maß an Akzeptanz bringt.

- Mobilität

Mobilität ist ein Eckpfeiler für jede Entwicklung. Der Kreis ist nicht der große Straßenbaulastträger. Für die meisten

Wegeverbindungen sind andere zuständig. Umso mehr kommt es auf die weitere Entwicklung und Umsetzung des

Radfahrkonzeptes und bei der Regiobahn an.

Der Haushalt 2025 würde kaum Beachtung finden, denn die tatsächliche kreisseitige Steigerung liegt bei rd. 22,5 Mio. €.

Ein hoher Betrag, aber in Welt der großen Zahlen jedenfalls nicht weltbewegend.

Die eigentliche Brisanz und Sorge liegen im Haushalt 2026.

Schon jetzt ist mit deutlichen Einnahmerückgängen zu rechnen und viele Kosten z.B. aus Transferzahlungen und Personalkosten kennen nur eine Richtung, nämlich nach oben.

Alle Einsparbemühungen unsererseits entwickeln aber nur eine geringe Wirkung, wenn die Magistralen der Kostenentwicklung im Bund und Land nicht geändert werden oder ein entsprechender Kostenausgleich erfolgt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns weiterhin Kraft und Freude an Veränderungen haben und gleichzeitig auf viel Kraft um die Dinge, die wir nicht ändern können auszuhalten.

Zu guter Letzt:

Für die guten, ruhigen und sachlichen Beratungen möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken und hoffe, dass wir diese Tradition auch unter verschärften Randbedingungen im Jahr 2025 fortsetzen können.

Mein Dank geht auch an den Landrat Hendele, der diese Kultur des Miteinanders maßgeblich geprägt und getragen hat. Da sind Maßstäbe gesetzt, an denen sich viele andere Amtsträger und Politiker auf allen Ebenen erst einmal abarbeiten müssten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Kreistag Mettmann

Kreishaus, Düsseldorfer Straße 26
D-40822 Mettmann
Tel 02104-99-2974

E-Mail gruene.fraktion@kreis-mettmann.de
Internet www.gruene-kreis-mettmann.de

Mettmann, 19.12.2024

Rede zum Haushaltsplanentwurf 2025 des Kreises Mettmann

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Landrat Hendele,
sehr geehrte Mitarbeitende der Verwaltung,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,
sehr geehrte Damen und Herren der Presse,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger des Kreises Mettmann,

Jetzt mache ich schon fast 15 Jahre Kreispolitik und ich glaube, es ist hier heute ein Novum, dass wir als Grüne Fraktion zum einen mit einer Doppelspitze arbeiten, und zum anderen, dass wir uns die Haushaltsrede aufgeteilt haben. Daher darf ich als der Ältere von uns beiden einen kleinen Rückblick auf 4 Jahre Grüne Politik in der Kooperation mit CDU und FDP geben.

Meine geschätzte Kollegin Frau Reimann wird dann einen Blick in die Zukunft wagen. 4 Jahre Grüne Politik in der Kooperation, was haben wir uns vorgenommen, was haben wir geschafft/erreicht und wo müssen wir noch mehr tun?

Beim Start der Kooperation in 2020 waren wir mitten in einer Pandemie, welche die Welt in Atem hielt. Deshalb war auch unser erster Punkt im Kooperationspapier „Ein gesundes und sicheres Leben im Kreis Mettmann“.

Dazu gehören natürlich der Bevölkerungsschutz und der damit verbundene Ausbau des Gesundheitsamtes sowie die Stärkung aller Organisationen, die im Bereich des Bevölkerungsschutzes arbeiten. Zum Neubau der Kreisleitstelle und jetzt auch endlich die Aufschaltung aller 10 Städte, kommt noch die Erfolgsgeschichte der Kreisfeuerwehrschule, die wir trotz des Widerstandes einiger Städte mit großer Mehrheit beschlossen haben, so dass wir uns heute vor Anmeldungen kaum retten können.

Eine Ausweitung der Frauenhausplätze, die auch tatsächlich barrierefrei sein sollten, ist uns mit 4 zusätzlichen Wohnungen gelungen, wobei diese natürlich nicht ausreichen. Dazu kommen die zusätzlich eingestellten Mittel für präventive Maßnahmen, um den immer stärker werdenden Bedarfen in diesem Bereich entgegenzusteuern. Wir haben eine klare Position gegen Rechtsextremismus eingenommen und die Bedeutung einer starken Polizei sowie einer gut ausgestatteten Heimaufsicht waren uns sehr wichtig.

Natürlich möchte ich hier auch zu einem Kernthema von uns Grünen etwas sagen, allerdings sollte das eigentlich ein Kernthema für uns alle sein. Was ich damit meine ist „Die Nachhaltigkeit“ und wir sind sehr froh darüber, dass unsere Kooperationspartner hier in vielen Bereichen unserer Meinung waren. Wir haben ein umfangreiches Klimaschutz- sowie Klimaanpassungskonzept beschlossen. Dafür haben wir jedes Jahr 1 Million Euro in den Haushalt eingestellt und diese dann auch in viele Projekte investieren dürfen. Darüber hinaus sind wir jetzt endlich Mitglied in der LAG Agenda 21 NRW und haben unsere Stabsstelle Klimaschutz zukunftsorientiert mit dem Bereich Nachhaltigkeit erweitert. Doch hier sollten wir bei den Begrifflichkeiten nachsteuern, denn eigentlich steht über dem Klimaschutz und der Klimaanpassung die Nachhaltigkeit. Das sind alles Perspektiven für die Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie des Kreises.

Wir bauen eine der größten Photovoltaik-Anlagen mit der Überdachung des VG2-Parkplatzes sowie der Bestückung des Gebäudedaches mit Photovoltaikmodulen. Hiermit zeigen wir auf, dass man mit einer innovativen Idee einen großen ökologischen Schritt nach vorne machen und dazu noch einen ökonomischen Gewinn erzielen kann. Das Konzept soll auch ein Vorzeigeprojekt für unsere kreisangehörigen Städte sein, damit diese sich hier vom Kreis Tipps holen können, um dann eigene Projekte in solcher Art und Weise umzusetzen.

Als letztes möchte für den Bereich noch erwähnen, dass wir nun endlich die Kriterien für einen Fair-Trade Kreis aufgenommen haben und damit ein wichtiges Zeichen setzen: Der Kreis Mettmann steht für fairen Handel auch über seine Grenzen hinaus.

Leider ist es uns bisher nicht gelungen, die Städte von einem kreiseigenen Flächenentwicklungsunternehmen zu überzeugen, um Flächen, die mit Altlasten belegt sind zu sanieren, damit diese dann den jeweiligen Städten als Gewerbe- oder Wohnbauflächen wieder zur Verfügung gestellt werden können. Das ist sicherlich noch eine Aufgabe für die Zukunft. Es ist uns auch nicht gelungen, weitere Gesellschafter der Kompostierungsanlage in Ratingen-Breitscheid für eine Biogasanlage zu begeistern. Hier sehen wir aber dennoch Möglichkeiten für die Zukunft.

Lassen Sie mich hier auch noch auf das Thema Mobilität eingehen. Wir haben ein umfangreiches Radwegekonzept beschlossen und müssen hier jetzt schnellstmöglich in die Umsetzung kommen. Dabei wird uns der Beitritt in die AGFS NRW sicherlich helfen. Die Kampagne Mindestabstand zu den Radfahrenden ist ein großer Erfolg und sollte zur Verdeutlichung beitragen, dass es nur mit gemeinsamer Rücksichtnahme im Straßenverkehr gehen kann. Es muss allen Teilnehmern im Straßenverkehr klar werden, dass es immer noch ein schwächeres Mitglied im Straßenverkehr gibt, auf das man Rücksicht nehmen muss.

Allein zum Thema Bildung und Betreuung könnte ich den ganzen Nachmittag sprechen. Aber da meine Zeit begrenzt ist, hier nur das Wesentlichste. Wir haben jetzt einige Neubauprojekte und Erweiterungsbauten vor der Brust, diese werden schon unsere Kapazitäten mehr als in Anspruch nehmen. Die immer weiter ansteigenden Zahlen von Kindern und Jugendlichen in den heilpädagogischen Kindergärten und dann auch in unseren Förderschulen, stellen uns vor große Herausforderungen. Wobei wir hier viele Projekte auf den Weg bringen konnten, um dem entgegenzusteuern.

Im Bereich Immobilienservice/Gebäudemanagement sowie Straßen- und Radwegeinstandhaltung, sprich Amt 23, gab es in den letzten Jahren große Mitarbeiterlücken und Probleme bei der Mitarbeitergewinnung. Daher gilt mein Dank insbesondere der Mannschaft, die den Laden am Laufen hält, und ich möchte das hier noch mal in aller Deutlichkeit sagen: Auch wenn es vielleicht nicht immer so überkommt, weil uns manches zu langsam geht oder wir uns mehr Projekte wünschen würden, die erledigt werden müssten.

Wir wissen zu schätzen, was Sie hier leisten und wieviel Herzblut viele in ihre Arbeit stecken, vielen Dank dafür! Dazu zählt auch das immer teurer werdende Projekt Campus Sandheide, wo wir hoffentlich endlich auf einem besseren Weg sind, um dieses Projekt zu einem guten Abschluss bringen zu können.

Dann kommen wir zum Thema Tourismus und Kultur. Wir haben unser Neanderthal Museum mit einer innovativen und ökologisch neuen Fassade unter Anwendung von Fassadenglas mit integrierter Photovoltaik bestücken dürfen. Somit wird Energie eingespart und außerdem Strom zur Eigennutzung erzeugt. Ein wichtiger und vorbildlicher Schritt, und sicherlich auch ein Schritt, mit dem die Marke Neanderland weiter nach vorne gebracht wird. Denn auch dies war ein Punkt in unserer Kooperationsvereinbarung, den wir bisher gut umgesetzt haben, aber an dem wir dennoch weiterarbeiten müssen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir einige kreisweite Kulturangebote haben, die über und vom Kreis gesteuert werden sollten, um die Region und die Marke Neanderland noch weiter in die Breite zu tragen.

Dann kommen wir noch zum letzten und sicherlich schwierigsten Punkt in unserem Kooperationspapier: Moderne Verwaltung und Politik. Erster Punkt in diesem Zusammenhang waren nötige finanzielle und personelle Ressourcen für eine digitale Verwaltung, die sich durch Bürgerfreundlichkeit und Effektivität auszeichnet.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Verwaltung hart daran arbeitet, um dies auch umzusetzen. Beispielsweise kann man jetzt sogar seinen PKW online anmelden, wenn man das möchte. Es gibt schon einige Formulare, die man online ausfüllen kann, trotzdem liegt

hier noch viel Potential, welches wir in den nächsten Jahren nutzen müssen. Ein großes Lob geht hier aber an unsere Kämmerei und die Einführung des Interaktiven Haushaltes, genau das ist der richtige Weg für eine digitale Verwaltung. Vielen Dank dafür, dass Sie es hervorragend umgesetzt haben und, dass sich dem Thema überhaupt angenommen haben.

Ich glaube unser aller erster Termin dazu war vor ca. 3 Jahren als wir Ihnen mal das Bonner-Modell vorgestellt haben und wir immer wieder interessante Gespräche dazu führen konnten.

Wir haben inzwischen definitiv mehr Homeoffice-Tage. Das haben wir allerdings auch der Pandemie zu verdanken, da man seinerzeit festgestellt hat, dass nicht immer alle Mitarbeiter (auch hier in Mettmann) vor Ort sein müssen. Dies war aber leider nicht für alle Bereiche umsetzbar, z. B. ist die Ausländerbehörde sicherlich eine Abteilung, die einen hohen Besucheranteil hat.

Daher wird diese Fachabteilung im ersten Quartal 2025 endlich in ihr neues Gebäude umziehen, damit wir hier einerseits die Besucher besser steuern können und andererseits stehen dort einfach mehr räumliche Möglichkeiten zur Verfügung.

Ein Raumkonzept für die Gesamtverwaltung ist in Auftrag gegeben und wir werden sicherlich im ersten oder zweiten Quartal 2025 in die Diskussion starten. Die Verwaltung ist gut aufgestellt und ich möchte hier meinen Dank dafür aussprechen, dass Sie (die Mitarbeiter) alles in Gang halten, trotz immer mehr Aufgaben, die Ihnen von Bund und Ländern auferlegt werden bei „natürlich“ nicht ausreichender Finanzierung. Es muss dringend etwas bezüglich kommunaler Finanzen passieren, denn sonst gehen irgendwann die Lichter aus und damit ist niemandem geholfen. Die kommunale Familie ist an ihre Grenzen gestoßen, hier herrscht dringender Handlungsbedarf.

In Sachen Politik haben wir Anfangszeiten der Sitzungen nach hinten verschoben, um noch mehr arbeitenden Menschen die Möglichkeit zu geben, am politischen Geschehen teilzunehmen. Gleichzeitig sollen dadurch ggfs. allzu viele Fehlzeiten im eigentlichen Be-

ruf vermieden werden. Wir haben das Kreistags-TV beschlossen, womit wir fast allen Menschen im Kreis Mettmann die Möglichkeit geben, sich über die Themen des Kreises zu informieren. Des Weiteren haben wir die Stundensätze für die Kinderbetreuung angehoben, um auch hier die Möglichkeit zur politischen Teilhabe zu stärken.

Ich könnte hier jetzt noch lange weitermachen, aber wie vorhin schon erwähnt, ist die Redezeit begrenzt und ich möchte Sie auch nicht weiter strapazieren. Ich möchte mich an dieser Stelle nur noch einmal bei unseren Kooperationspartnern bedanken für die vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit, die wir hier bisher über 4 Jahre gepflegt haben. Wir sind sicher nicht immer einer Meinung, aber es ist dann die Aufgabe der Politik daraus einen Kompromiss zu erarbeiten, der für den Kreis und seine Städte gut ist und worin sich alle Partner wiederfinden können. Ich möchte hinzufügen, dies hätte ich mir auch in Berlin das ein oder andere Mal mehr gewünscht.

An dieser Stelle dann doch noch ein kleines Zitat von meinem lieben Kollegen und Mentor, der leider viel zu früh verstorben ist und den ich so schmerzlich vermisse. Der eine oder andere unter uns Älteren wird ihn noch kennen. Hans-Peter Kaiser pflegte immer zu sagen: „Die Grünen sind nicht die besseren Menschen, aber sie machen definitiv eine gute Politik.“ Und ich denke, das durften wir in den letzten vier Jahren auch beweisen.

Zukunftsthemen im Kreis Mettmann

Wir stehen heute nicht nur vor der Aufgabe, über den Haushalt des kommenden Jahres zu entscheiden, sondern auch vor der Verantwortung, die richtigen Weichen für die Zukunft unseres Kreises zu stellen.

Nachdem mein geschätzter Kollege Andreas Kanschäat bereits einen Rückblick auf die vergangenen Jahre gegeben hat, möchte ich den Fokus auf die Herausforderungen und Chancen richten, die vor uns liegen.

Als Bündnis 90/Die GRÜNEN haben wir eine klare Vision: Wir möchten den Kreis Mettmann ökologisch, sozial und wirtschaftlich zukunftsfähig gestalten.

Mit Zuversicht und Tatkraft blicken wir auf die kommenden Jahre. Denn eines ist klar: Wir haben Bock auf Zukunft! Wir sind motiviert, die Herausforderungen unserer Zeit anzupacken, und sind bereit, Verantwortung zu übernehmen – hier im Kreistag und in unserer Region.

Wir werden den Kreis Mettmann als Vorbild beim Klimaschutz positionieren. Die Kreisverwaltung soll so rasch wie möglich klimaneutral arbeiten. Zwar erreichen wir dieses Ziel nicht über Nacht, doch viele Maßnahmen sind bereits umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Die Erreichung unserer Klimaziele erfordert einen raschen Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere von Photovoltaik. Auf dem zweiten Verwaltungsgebäude ist bereits eine weitere Anlage geplant. Langfristig möchten wir den gesamten Energiebedarf des Kreises aus erneuerbaren Quellen decken.

Zusätzlich unterstützen wir private Haushalte durch Förderprogramme, die den Ausbau von Solaranlagen attraktiver machen. Wir setzen auf interkommunale Projekte, um Bürger*innen aktiv in die Energiewende einzubinden und regionale Wertschöpfung zu fördern. Auch die Digitalisierung hilft uns, Ressourcen zu sparen und Verwaltungsprozesse effizienter zu gestalten.

Klimaschutz endet nicht bei der Kreisverwaltung. Ein entscheidender Hebel für mehr Klimaneutralität ist eine nachhaltige, also ressourcenschonende und dennoch effektive Mobilität. Unser Ziel ist ein vernetztes Verkehrssystem, das alle Verkehrsmittel gemeinsam betrachtet, das Klima schont und die Lebensqualität steigert. Der nächste Nahverkehrsplan zielt beim Ö- und SPNV auf eine weitere Optimierung hinsichtlich dichter Taktfrequenz, akzeptabler Erreichbarkeit der Haltepunkte, weniger Barrieren für Menschen mit körperlichen Einschränkungen, gelingenden Umstiegen und kurzen Wartezeiten, ohne die kreisangehörigen Städte finanziell zu überlasten. Bus, Bahn und "on-Demand-Fahrzeug" sollen immer bessere Alternativen zum eigenen Auto werden, und die Wege für den Radverkehr sollen sicherer und leistungsfähiger werden - das heißt nicht überall aber gerne auch Radschnellwege - dass es mehr Freude macht, statt des Autos das Fahrrad zu nehmen. Der Kreis sollte hierzu, wie er das jetzt schon macht, weiter gemeinsam mit den Städten planen und gerne auch Fördermittel akquirieren.

Ein zukunftsfähiger Kreis bedeutet aber auch, die sozialen Herausforderungen nicht aus den Augen zu verlieren. Besonders drängend ist dabei die Frage des bezahlbaren Wohnraums. Die Verantwortung dafür liegt bei den Städten, aber der Kreis kann als Partner und Unterstützer wirken. Wir sehen unsere Rolle in der Entwicklung gemeinsamer Strategien und der Förderung eines starken Netzwerks, um Lebensqualität für alle zu sichern. Soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Stärke und die Zusammenarbeit unserer Städte sind eng miteinander verknüpft. Niemand im Kreis Mettmann soll zurückgelassen werden – unabhängig von Alter, Einkommen oder Herkunft. Eine starke soziale Infrastruktur, die Chancengleichheit fördert, und insbesondere Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt stellt, ist dafür entscheidend. Dazu gehören Sprachkurse, Ausbildungsförderung und mobile Dienste, die Integration und Selbstbestimmung ermöglichen. Viele dieser Maßnahmen liegen in der Verantwortung der Städte, doch der Kreis kann durch die Vermittlung von Fördermitteln, den Austausch zwischen Kommunen und die Förderung interkommunaler Projekte die soziale Infrastruktur stärken und so Synergien schaffen. Ein wichtiger Teil dieser Infrastruktur sind auch die Förderschulen und Förderzentren im Kreis Mettmann. Sie sind bereits jetzt an ihrer Kapazitätsgrenze und stehen vor großen Herausforderungen. Besonders der Standort Velbert ist dringend sanierungs- und ausbaubedürftig, weshalb wir dort einen Neubau beschlossen haben. Diese Schulen sind ein zentraler Bestandteil unserer sozialen Verantwortung, da sie Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedarfen gezielt fördern und ihnen Perspektiven eröffnen. Wir müssen sicherstellen, dass sie auch in Zukunft über die nötigen Ressourcen und eine angemessene räumliche Ausstattung verfügen.

Diese enge Zusammenarbeit und die Stärkung der sozialen Infrastruktur sind auch in der medizinischen Versorgung dringend notwendig. Der Verlust mehrerer Krankenhäuser in den vergangenen Jahren macht die haus- und fachärztliche Versorgung zu einer zentralen Herausforderung. Gemeinsam mit den kreisangehörigen Städten, den Kassenärztlichen Vereinigungen und der Ärzteschaft müssen wir Versorgungslücken schließen und innovative Ansätze wie Gemeinschaftspraxen, Gesundheitszentren und Telemedizin fördern. Nur durch gezielte Maßnahmen und eine abgestimmte Strategie können wir sicherstellen, dass alle Menschen in unserer Region – unabhängig von ihrem Wohnort – Zugang zu einer verlässlichen medizinischen Versorgung haben.

Eine erfolgreiche Zukunftsgestaltung braucht eine enge Zusammenarbeit zwischen den Städten. Gerade beim Klimaschutz, dem Ausbau erneuerbarer Energien und der Mobilitätsplanung ist eine abgestimmte Vorgehensweise unerlässlich. Interkommunale Projekte stärken nicht nur die Wirtschaft, sondern auch den solidarischen Zusammenhalt der Region.

Die Stärkung der Wirtschaft und des Mittelstands bleibt eine zentrale Aufgabe. Während die Städte für die Entwicklung von Gewerbeflächen verantwortlich sind, sollte der Kreis Strategien für überregionale Themen wie z.B. den Breitbandausbau oder die Fachkräftesicherung koordinieren. Um diese Ziele effizient zu erreichen, hat die GRÜNE Kreistagsfraktion schon länger die Einrichtung einer städteübergreifenden Projektentwicklungsgesellschaft angeregt. Diese soll insbesondere den Schwerpunkt Sozialer Wohnungsbau in den Fokus nehmen, um die zehn Städte des Kreises gezielt zu unterstützen und Ressourcen effizient zu nutzen.

Unternehmen müssen zudem stärker für nachhaltiges Wirtschaften und Digitalisierung sensibilisiert werden. Auf unseren Antrag hin wurde der Kreis Teil der Initiative „Fairtrade-Town“, die zeigt, wie wirtschaftliche Stärke und Nachhaltigkeit erfolgreich miteinander verbunden werden können. Dieses Engagement möchten wir weiter ausbauen, indem wir Themen wie bewussten Konsum, die Förderung regionaler Wertschöpfung und einen verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen noch stärker in den Fokus rücken.

Für uns GRÜNE ist klar: Der Kreis Mettmann darf nicht nur Begleiter sein, sondern muss aktiv als Gestalter auftreten. Eine städteübergreifende Projektentwicklungsgesellschaft wäre ein wichtiger Baustein, um gemeinsam mit den Kommunen zukunftsweisende Lösungen zu entwickeln und den Kreis Mettmann als lebenswerte, zukunftsfähige Region zu stärken.

Die finanzielle Lage unserer kreisangehörigen Städte ist äußerst angespannt. Steigende Kosten, wirtschaftliche Unsicherheiten und die Auswirkungen globaler Krisen belasten die Haushalte massiv und lassen die finanziellen Spielräume immer enger werden. Viele Städte stehen vor der Herausforderung, den Spagat zwischen der Sicherung grundlegender Leistungen und dringend benötigten Zukunftsinvestitionen zu meistern. In dieser Situation ist es unsere Pflicht, sorgsam mit jedem Euro umzugehen und verantwortungsbewusste Prioritäten zu setzen.

Vor diesem Hintergrund stimmen wir dem vorgelegten Haushalt samt Änderungsantrag zu, denn er zeigt, dass wir es ernst meinen mit verantwortungsvollem Handeln. Er zeigt, dass wir uns nicht wegducken, sondern trotz widriger Bedingungen versuchen, zukunftsorientierte Weichen zu stellen.

Gleichzeitig ist uns bewusst, dass wir die Städte nicht noch zusätzlich belasten dürfen. Das Gegenteil ist der Fall: Wir müssen Entlastung schaffen, wo immer es möglich ist. Die interkommunale Zusammenarbeit ist hierfür ein wichtiger Ansatz. Der Kreis kann die Städte für gemeinsame Projekte sensibilisieren, geeignete Handlungsfelder identifizieren und aktiv unterstützen. Vielleicht gelingt es sogar, überregionale Förderprogramme zu akquirieren, um den Städten in ihrer Not unter die Arme zu greifen. Angesichts der tiefgreifenden finanziellen Misere wäre jeder noch so kleine Erfolg ein dringend benötigter Hoffnungsschimmer.

Wir wissen, dass die Zeiten hart und die Perspektiven ungewiss sind. Gerade deshalb ist es jetzt unsere Aufgabe, klug und solidarisch zu handeln. Nur so können wir gemeinsam dafür sorgen, dass unsere Region trotz aller Herausforderungen handlungsfähig bleibt und auch morgen noch lebenswerte Strukturen für ihre Bürgerinnen und Bürger bieten kann.

Unser Dank gilt insbesondere der Kämmerei, Herrn Schölzel und seinem Team, für ihre engagierte Arbeit. Zu guter Letzt möchten wir uns auch bei der gesamten Kreisverwaltung

für die engagierte und professionelle Zusammenarbeit bedanken. Ebenso gilt unser Dank den demokratischen Parteien hier im Kreistag, mit denen wir gemeinsam konstruktiv an Lösungen für die Menschen im Kreis Mettmann arbeiten. Unterschiedliche Perspektiven bereichern den Diskurs und tragen dazu bei, die besten Entscheidungen zu treffen.

Abschließend möchte ich betonen: Wir leben in Zeiten, in denen demokratische Werte nicht selbstverständlich sind. Wir stehen vor großen Aufgaben, aber auch vor großen Chancen. Der Kreis Mettmann kann Vorbild sein – für Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige Entwicklung. Dafür braucht es Mut, Entschlossenheit und die Zusammenarbeit aller demokratischen Fraktionen.

Als Bündnis 90/Die Grünen sind wir bereit, Verantwortung zu übernehmen und mit allen, die diese Ziele teilen, gemeinsam an der Zukunft unseres Kreises zu arbeiten. Dabei ist es unsere Verantwortung, Menschen mitzunehmen und politische sowie soziale Strukturen so zu gestalten, dass sie Vertrauen schaffen.

Eine vielfältige und repräsentative Politik ist dafür unerlässlich. Wir wünschen uns, dass sich mehr Frauen, junge Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund aktiv in die Politik einbringen, um die Gesellschaft besser abzubilden. Das Ehrenamt muss diverser werden – dafür setzen wir uns ein. Ein gelungenes Beispiel ist der Jugendrat, der nicht nur eine echte Bereicherung der Kreispolitik darstellt, sondern auch zeigt, wie gelebte politische Bildung aussehen kann.

Wer, wenn nicht wir, soll diese Zukunft gestalten?

Wir als GRÜNE haben den Mut und die Ideen, um unseren Kreis ökologisch, sozial und wirtschaftlich voranzubringen. Lassen Sie uns gemeinsam diese Verantwortung übernehmen – für die Menschen, die hier leben, und für die kommenden Generationen.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien besinnliche, erholsame Weihnachten und einen guten Start ins neue Jahr. Möge 2025 uns neue Kraft, Inspiration und den Mut bringen, unsere Herausforderungen weiterhin gemeinsam anzugehen und noch weiter zusammenzuwachsen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

gez.
Anna Meike Reimann
Fraktionsvorsitzende

gez.
Andreas Kanschat
Fraktionsvorsitzender

**Haushaltsrede Kreistag am 19.12.2024
Rudolf Joseph**

Sehr geehrter Herr Landrat,

sehr geehrte Damen und Herren,

heute verabschieden wir den Kreishaushalt mit rund 800 Mio. Euro.

**Von diesen 800 Mio. Euro Kreishaushalt entfallen 69% auf
Sozialleistungen!**

**Die Kreisumlage erhöht sich um 39 Mio. EUR auf einen Bedarf von
463 Mio. EUR (32,4%), der Landschaftsverband kassiert hiervon 50%.**

**69% für Sozialleistungen heißt 69% gesetzliche Pflichtaufgaben, die
von Bund und Land auf die Kreise und Kommunen abgewälzt
werden.**

**An vielen Stellen reicht die Refinanzierung durch den Bund nicht
aus.**

Unser Land gerät mehr und mehr in eine Schieflage.

Deutschland braucht dringend grundlegende Sozialreformen!

**Für uns Freie Demokraten kommt das Erwirtschaften vor dem
Verteilen.**

Solide Finanzen sind das Fundament eines funktionierenden Kreises.

**Verantwortungsvolles Haushalten muss daher oberste Priorität
haben. Kreise und Kommunen sind dann handlungsfähig, wenn sie
finanzielle Spielräume haben.**

Eine Ausgabenbremse, die die freiwilligen Leistungen auf 5 Jahre befristet dient diesem Zweck.

Demzufolge freuen wir uns über den Beschluss zur „Ausgabenbremse“ für den Kreis Mettmann, die wir in die Diskussion eingebracht haben.

Erfreulich ist auch, dass künftig in den zur Beschlussfassung vorgelegten Verwaltungsvorlagen zu erkennen ist, ob es sich um Pflichtaufgaben oder freiwillige Leistungen handelt.

Dass der Konsolidierungsvorschlag der KOPO-Fraktionen eine Mehrheit im Kreistag gefunden hat, erbringt im Kreishaushalt eine Verbesserung von 5,6 Mio Euro.

Diese fundierte Herangehensweise halten wir für zweckmäßiger als einen pauschalen Minderaufwand anzusetzen.

Somit gelingt es über dieses Instrument den angehörigen Gemeinden eine deutliche Entlastung zu bieten.

Das Personalkosten-Budget halten wir mit 1,2 Mio. Euro für auskömmlich und angemessen.

Die Bildung ist für uns Freie Demokraten ein weiteres wichtiges Anliegen.

Aus diesem Grund sind wir froh, dass es gelungen ist am Berufskolleg in Hilden die Zweizügigkeit im Bereich des/der Industriekaufmanns / -frau umzusetzen.

Dass die Baumaßnahmen am Campus Sandheide in diesem Jahr Fahrt aufgenommen haben, war mehr als überfällig.

Wir hoffen, dass das angestrebte Ziel der Fertigstellung in 2026 erreicht wird und der Schulbetrieb im gleichen Jahr aufgenommen werden kann.

Wir sagen aber auch ganz klar, dass wir nicht bereit sind, mehr als die beschlossenen 28 Mio. Euro Baukosten bereitzustellen.

Die Erweiterung der Förderschule „an der Virneburg“ halten wir für richtig, weil dieser dringend notwendig ist.

Die am 10. Oktober vom Kreistag beschlossene alternative Planung zum Ufo-Gebäude der Förderschule Nord in Velbert begrüßen wir ausdrücklich.

Schon im Dezember 2023 war dies im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für 2024 unser Vorschlag.

Späte Einsicht ist wesentlich besser als keine Einsicht, meine Damen und Herren!

Somit können bei diesem Projekt mit einer vereinfachten, aber dennoch zweckmäßigen Bauweise wahrscheinlich 20 Mio Euro Baukosten eingespart werden.

(So unsere Einschätzung.)

Besonders wichtig ist es uns für das Haushaltsjahr 2025 geeignete Aufgaben und Projekte auszumachen, die über das Klimaschutz-Budget finanziert werden können.

Die geplante PV-Anlage an dem Verwaltungsgebäude II halten wir für eine innovative Maßnahme, vorausgesetzt die Wirtschaftlichkeit kann nachgewiesen werden.

Gleichwohl werden wir weiter kritisch den Umgang mit diesem Klimaschutz-Budget begleiten!

In der Verkehrspolitik steht meine Fraktion für eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur.

Neben der Erstellung neuer Radwege, streben wir die Verbesserung und sogar den Ausbau des Straßennetzes im Kreisgebiet an.

Z.B. durch mehr Kreisverkehre oder weitere Entlastungsstraßen.

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts am 04. Dezember 24 zum A44 Lückenschluss ist hierzu ein erster wichtiger Aufschlag, der hoffentlich zeitnah umgesetzt wird.

Der Nordkreis wird durch diese Maßnahme einen deutlichen wirtschaftlichen Aufschwung erfahren.

Der Ausbau der L239 zwischen Mettmann und Ratingen ist mehr als überfällig.

In Hilden, Haan und Langenfeld sind die Gemeindestraßen permanent überlastet. Hier könnte durch die kleine Lösung einer möglichen neuen Kreisstraße als Ersatz für die abbestellte Verlängerung der L 403 N in Zusammenarbeit mit der Stadt Solingen eine dauerhafte Entlastung gelingen.

Auch der Einsatz von Schnellbussen in den Hauptzeiten des Berufsverkehrs wäre eine gute Lösung, um Straßen zusätzlich zu entlasten.

Auf unser Drängen hin wurde erreicht, dass der Nahverkehrsplan des Kreises Mettmann neu aufgestellt wird.

Wir erwarten gespannt diese Vorschläge.

Mit dem vorliegenden Gesamtbudget erklären wir uns einverstanden und stimmen dem Haushaltsplan zu.

Danke an Frau Büttner und Herrn Schölzel für die Unterstützung im Rahmen unserer Haushaltsplanberatungen.

Unser Dank geht auch an unsere Kooperations-Partner CDU und Bündnis´90/Die Grünen.

Ihnen allen wünsche ich frohe und besinnliche Weihnachten und einen guten Übergang in das neue Jahr!

Haushaltsrede 2025 von Marlon Buchholz (AfD-Fraktion)

Gehalten am 19. Dezember 2024 im Kreistag Mettmann

Sehr geehrter Herr Landrat, meine Damen und Herren,

wir müssen unseren Staat grundlegend neu ausrichten.

Ein schlichtes „Weiter so“ kommt nicht infrage. Einzelne kleinere Haushaltsmaßnahmen reichen nicht mehr aus, um die Handlungsfähigkeit nachhaltig zu sichern.

Wir müssen in aller Deutlichkeit sagen, was noch geht und was mit Blick auf die Zukunft vor allem aber eben auch nicht mehr geht. Wir müssen uns endlich ehrlich machen.

Dass die Kreishaushalte bundesweit im freien Fall sind, ist kein Zufall. Wir sind in einem immer dichter werdenden Netz von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften gefangen.

Der Sozialstaat muss schlanker und transparenter werden.

Des Weiteren sind dringend Korrekturen in der Migrationspolitik notwendig. Wir brauchen eine effektivere Begrenzung der illegalen Zuwanderung.

Meine Damen und Herren, all diese Gedanken stammen nicht von der Alternative für Deutschland, nein, diese Forderungen hat der Landkreistag Ende November in einer Pressemeldung veröffentlicht.

Herr Dr. Brötzel, der Präsident des Landkreistages, wird wie folgt zitiert: „Die Zahl der Baustellen ist inzwischen so groß, dass nur noch eine Generalsanierung hilft. Es muss endlich Schluss sein damit, dass der Gesetzgeber so tut, als ginge es ewig so weiter.“

Meine Damen und Herren, das ist AfD-Sprech, das ist das, was wir von der AfD seit gut einem Jahrzehnt predigen. Das ist das, was wir von der AfD auch hier im Kreis Mettmann leben wollen.

Der Kreis muss sich genau wie die Städte, das Land und der Bund auf staatliche Kernaufgaben konzentrieren. Dazu müssen wir an vielen Ausgaben den Rotstift ansetzen.

Ein Beispiel: Der Haushaltsplan 2025 des Kreises sieht einen Nettostellenzuwachs von über 30 bei den Tarifbeschäftigten und über 28 bei den Beamten vor.

Wir als AfD haben da den Rotstift angesetzt und einen Nettostellenzuwachs von 0 gefordert. Ausgenommen nur die Kreisleitstelle.

Die Mehrheit in diesem Haus hat das abgelehnt und schafft lieber immer weiter neue Stellen.

Auch haben wir die Streichung von Projekten gefordert, die nicht zu den Kernaufgaben eines Kreises gehören und bei der aktuellen Haushaltslage Luxus auf Pump sind. Der unfreiwillige Kreditgeber sind die Städte des Kreises.

Meine Damen und Herren, der Kreis Mettmann muss weder einen Poetry-Slam mit 20.000 Euro finanzieren noch ein Theaterfestival mit über einer Viertelmillion Euro.

Unter anderem diese freiwilligen Leistungen gehören in der aktuellen Lage ersatzlos gestrichen.

Wir als AfD haben auch einen globalen Minderaufwand für den Kreishaushalt beantragt.

Dieser globale Minderaufwand hätte dem Kreis und damit den Städten in der Kreisumlage ungefähr 17 Millionen Euro gespart und wäre Zuckerbrot und Peitsche zugleich gewesen:

Zuckerbrot, weil die Dezernenten selbst hätten wählen dürfen, wo sie einsparen.
Peitsche, weil sie eine klare Summe vorgesetzt bekommen hätten, die sie einsparen müssten.

Leider hat dieser Spar-Antrag keine Mehrheit im Ausschuss gefunden, trotz sehr angespannter Haushaltslage.

Erst vor zwei Tagen hat der Stadtrat Haan mit großer Mehrheit diese AfD-Forderung sinngemäß in eine Resolution geschrieben.

Ob die AfD mit ihren Spar-Anträgen wieder mal der Zeit voraus war, werden wir vielleicht schon in einem Jahr erleben.

Im Namen der AfD-Fraktion möchte ich mich beim „Kreisfinanzminister“ Herr Schölzel für die Unterstützung bei den Haushaltsberatungen bedanken.

Und Ihnen allen wünsche ich gesegnete Weihnachten!

**Rede zur Verabschiedung des Kreishaushalts 2025 im Kreis
Mettmann am 19. Dezember 2024**

Sehr geehrter Herr Landrat,
Sehr geehrte Damen und Herren der Kreisverwaltung,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete,
sehr geehrte Vertreter der Presse

im Namen der Piraten im Kreistag möchte ich einige zentrale Gedanken zur Verabschiedung des Haushalts für das kommende Jahr mit Ihnen teilen.

Unser oberstes Ziel bleibt die Schuldenfreiheit des Kreises Mettmann.

Schulden sind nicht nur in Zeiten hoher Zinsen teuer, sie belasten auch zukünftige Generationen – ein Erbe, das wir unseren Kindern und Enkeln nicht hinterlassen wollen.

Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage, die durch Unsicherheiten in der Automobilzulieferer- und Chemieindustrie geprägt ist, müssen wir die finanzielle Stabilität des Kreises mit besonderem Nachdruck bewahren.

Die Steuerkraft des Kreises hat ein Allzeithoch erreicht, und dennoch bleibt der Haushaltsausgleich nur durch den Einsatz der Ausgleichsrücklage möglich.

Diese Rücklage ist endlich, und deshalb müssen wir den Haushaltsplan kritisch prüfen.

Insbesondere gilt es, freiwillige Leistungen auf ihre Notwendigkeit und Effektivität hin zu untersuchen, auch wenn dies schmerzhaft Entscheidungen mit sich bringen kann.

Wir plädieren zudem dafür, interkommunale Kooperationen stärker zu fördern.

Die Zusammenarbeit mit unseren Städten und externen Partnern kann Synergien schaffen, Kosten senken und unsere Dienstleistungen effizienter gestalten.

Auch die Mitgliedschaften in Vereinen sollten auf ihren Mehrwert für den Kreis hin überprüft werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft den Personalhaushalt. Hier bitten wir den Landrat, zu prüfen, ob nicht durch eine Reduktion von Führungsebenen, wie es in modernen Unternehmen bereits erfolgreich umgesetzt wird, Ressourcen eingespart werden können.

Es hat sich gezeigt, dass Mitarbeiter in flacheren Hierarchien eigenverantwortlich und effektiv arbeiten können.

Diese Überlegungen müssen selbstverständlich sozialverträglich und umsichtig erfolgen.

Abschließend möchte ich betonen, dass wir die sozialen, kulturellen und bildungspolitischen Leistungen des Kreises weiterhin bestmöglich fördern wollen.

Dennoch müssen wir alle Ausgaben auf ihre Zukunftsfähigkeit und Finanzierbarkeit überprüfen, um auch kommenden Herausforderungen gewachsen zu sein.

An dieser Stelle möchte ich mich bei den Mitarbeitenden der Kreisverwaltung für die geleistete Arbeit bedanken.

Ich danke Ihnen allen für die bisher konstruktive Zusammenarbeit und wünsche uns gute Beratungen und Beschlüsse für die Zukunft unseres Kreises.

Vielen Dank.

Ich wünsche Ihnen allen eine angenehme und besinnliche Weihnachten sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Thomas Küppers

Gruppensprecher der Piraten im Kreistag Mettmann

Rede des Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion Mettmann zum Haushalt des Kreises Mettmann 2025 – gehalten am 19.12.2024.

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrter Herr Landrat,

an den Beginn meiner Haushaltsrede möchte ich den Dank meiner Fraktion an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung stellen. Denn ohne sie, die Beschäftigten der Kreisverwaltung würde gar nichts geschehen.

Wir leben in unruhigen Zeiten.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Ereignisse im Nahen Osten flimmern nicht nur alltäglich in unsere Wohnzimmer, sondern wirken direkt auf die Arbeit der kommunalen Verwaltungen, aber auch auf die Arbeit der Stadträte und Kreistage.

Ich möchte nur einige Bereiche beispielhaft erwähnen.

Das Ausländeramt hat täglich mit neuen Vorschriften des Gesetzgebers zu kämpfen, das alles ist begleitet von einer sehr komplexen Rechtsmaterie.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen sich fast täglich in neue Rechtsvorschriften einzuarbeiten.

Die Kämmerei erstellte nicht nur den Haushalt für 2025, sondern präsentierte uns eine Neuerung: Einen interaktiven Haushalt, wo für viele Zahlen und Positionen zusätzliche Informationen hinterlegt sind.

Ich hoffe, meine Damen und Herren, dass da jeder von Ihnen einmal hereingeguckt hat.

Vorher mussten wir Bündel von Anfragen an die Kämmerei stellen, wie diese oder jene Zahl zustande gekommen ist. Mit dem interaktiven Haushalt haben wir mit einem Klick die Antwort. Und nicht nur wir Kreistagsabgeordnete, sondern ebenso die Bürgerinnen und Bürger des Kreises.

Ich kenne Haushalte aus anderen kommunalen Bereichen, wo mehrere dicke Bücher parallel gewälzt werden müssen um vielleicht zu erfahren, was diese Zahl eigentlich bedeutet.

Mit dem interaktiven Haushalt haben sie deutlich zur Transparenz des Zahlenwerkes beigetragen. Ich danke Ihnen dafür im Namen der SPD-Fraktion. Ich habe mal gelernt - auch wenn es wie eine Plattitüde klingt:

Haushaltsklarheit ist Haushaltswahrheit.

Das Gesundheitsamt erholt sich hoffentlich gerade ein wenig vom 24/7-Dauerstress - verbunden mit unzähligen Überstunden, den die Corona-Pandemie mit sich brachte.

Zur medizinischen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger im Kreis Mettmann zähle ich auch die Pflegeheime.

Sie alle erinnern sich an die Pleite von Convivo, einem privaten Betreiber von Pflegeheimen. In Velbert wurden über 100 Senioren die Pflegebetten vor die Tür gestellt.

Die Einflussmöglichkeit des Kreises,
um das eventuell abzuwenden = 0.

Der Kreis konnte lediglich – unaufgefordert – helfen, die Seniorinnen und Senioren anderweitig unterzubringen.

Dann kam die Pleite der katholischen K-Plus Gruppe, eine Betreiberin von Krankenhäusern in Haan, Hilden, Solingen und Leverkusen, alle für die Bürgerinnen und Bürger im Kreis relevant.

Haan wurde geschlossen, obwohl erst drei Jahre zuvor der Operationstrakt mit Steuermitteln modernisiert wurde. Der Weiterbetrieb von Hilden konnte durch Verhandlungen und Einsatz des Kreises zunächst gesichert werden. Wir finden in diesem Haushalt 2025 einen Posten in Höhe von 2 Mio. €, den der Kreis zum Betrieb zuschießen muss.

Die SPD-Fraktion fand es richtig und wichtig, dass die medizinische Versorgung der Bevölkerung durch einen Weiterbetrieb des Krankenhauses in Hilden aufrechterhalten wird.

Wir sind auch den Weg mitgegangen, dass der Kreis dies mit insgesamt 4 Mio. € fördert. Wir hätten es allerdings gerne gesehen, wenn wir mit diesen 4 Mio. € zumindest einen Zeh in die Tür und damit ein klein wenig Einfluss bekommen hätten.

Dann kam das Aus für das Krankenhaus in Ratingen.

Die Folgen dieser Schließungen wurden im letzten Jahr in den Gremien des Kreistages eingehend beraten und von allen Seiten beleuchtet.

Der Rettungsdienst, dessen Anfahrtsstationen durch Klinikschließungen in immer weitere Ferne rücken. Weniger Fahrten pro Einsatzwagen und Tag sind die Folgen. Dadurch werden mehr Fahrzeuge und Besatzungen benötigt, die aber nicht ohne Weiteres verfügbar sind.

Die SPD hat sehr frühzeitig auf diese Folgen durch Anfragen und Anträge hingewiesen.

Für uns gehört die medizinische Versorgung zwingend zur öffentlichen Daseinsvorsorge.

Es kann unseres Erachtens nicht sein, dass der Einfluss der öffentlichen Hand hier Null beträgt.

Zu alledem kamen der Krankenhausplan des Landes, der wie ein Staatsgeheimnis behandelt wurde, und die Umstrukturierung der Krankenhauslandschaft durch den Bund. Selbst eingefleischte Gesundheitsexperten konnten die durchsickernden Einzelmaßnahmen im Kompetenzdschungel des Gesundheitswesens nur schwer dem Verursacher zuordnen. Die Ergebnisse dieser Reformen werden uns noch in den nächsten Jahren beschäftigen.

Ganz anderes Thema:

Sehr skeptisch hat die SPD-Fraktion die Förderung von sog. E-Lasten-Bikes begleitet. Die Mehrheit des Kreistages hatte hierfür 500.000 € bereitgestellt.

Wir waren damals der Ansicht, dass diese Förderung nur Menschen ab einer gewissen Gehaltsklasse in Anspruch nehmen können.

Eine Anfrage hat es vor einigen Wochen an den Tag gebracht, dass E-Lastenräder nun neben dem Zweitwagen vor der Garage stehen und sicherlich bei gutem Wetter auch genutzt werden.

Aber wir sind weiterhin skeptisch, ob es da einer Förderung durch den Kreis bedurft hätte.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe oben bereits angedeutet, dass den Kreisen und Gemeinden von Bund und Land immer mehr Aufgaben zugeschustert werden. Viele dieser Maßnahmen halten wir durchaus für richtig

und wichtig. Allerdings müssen dann auch den Kreisen und Gemeinden die entsprechenden Mittel für die Umsetzung an die Hand gegeben werden.

Doch dies wird in vielen Fällen weder von Bund noch Land getan. Wenn die Kommunalen Glück haben,

wird ein Teil gefördert, den Rest müssen die Kreise und Gemeinden selbst irgendwie aufbringen.

Die Presse zeigt häufig Missverständnis gegenüber Kreisen und Kommunen, die bereits bewilligte Fördermittel für durchaus sinnvolle Projekte ablehnen. Diese Gemeinden und Kreise können schlicht den Eigenanteil von in der Regel 20-40% nicht leisten oder sind im Haushaltssicherungskonzept. Das verbietet normalerweise, dass Kommunen neue Projekte finanzieren können oder dürfen. Absurd. D.h. nämlich, dass nur die Städte und Kreise, die es sich leisten können, den Eigenanteil zu leisten auch in den Genuss einer hohen Förderung kommen.

Apropos Haushaltssicherungskonzept:

Die Stadt Monheim galt und gilt als eine der reichsten Städte im Land – ist geradezu vom Armenhaus zum Krösus geworden, in der selbst der Verkehr erstarb, wenn es Springbrunnen- bzw. Geysir-Zeit war.

Dieser Reichtum resultierte nicht durch eine gute Anlagestrategie der kommunalen Finanzen. Denn die Stadt verlor durch Investitionen bei der Greensill-Bank ca. 38 Mio. €; der Staatsanwalt ermittelt und wie der Presse zu entnehmen war, übrigens auch gegen den Bürgermeister.

Der Reichtum resultierte daraus, dass die Stadt Monheim ihren Gewerbesteuersatz nahezu halbierte. Das förderte zunächst vor allem die Briefkastendichte in Monheim. Es füllte allerdings auch das Stadtsäckel – allerdings auf Kosten anderer Gemeinden. Bei denen verblieben zwar die Kosten für die Infrastruktur der Produktion vor Ort, doch den Gewinn schöpfte Monheim ab. Nichtsdestotrotz war die Gewerbesteuerstrategie der Stadt Monheim auch ein Segen für die Städte im Kreis Mettmann. Denn Monheim war, nachdem es jahrzehntelang Nutznießer der Kreisgemeinschaft war, der große Einzahler in den Kreisumlagepotf.

Aktuell benötigt Monheim ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept. Die Gründe sind in der Presse breit dargelegt worden. Monheim eröffnete Anfang September der Öffentlichkeit, dass ca. 100 Mio. € weniger an Gewerbesteuer erwirtschaftet werden als angenommen. Dadurch müssen andere Städte mehr für die Kreisumlage des Kreises aufbringen.

Wir, die SPD, wollten von der Kreisverwaltung wissen, welche Auswirkungen der Vorschlag der Kammereien der Städte haben würde, wenn der Kreis den Vorschlag aufgreift und die ca. 30 Mio. Euro Corona- und Ukraine-Bilanzierungshilfen gegen das Eigenkapital bucht. Dies ausgewiesen für jede Stadt im Kreis.

Unser Ansinnen wurde abgelehnt, weil der Kreis sich hierzu erst im kommenden Jahr beschäftigen wolle.

Es wäre ein starkes Signal an die Städte gewesen: Nämlich: Wir entlasten Euch wirklich. Hier befindet sich die SPD im recht seltenen Schulterchluss mit der IHK.

Dann kam der Vorschlag der UWG, 2% des Gesamthaushaltes – also ca. 16,x Mio. €, als globalen Minderaufwand zu behandeln.

Das würde bedeuten:

Wir stellen zwar 800 Mio. € in den Haushalt ein, gehen aber davon aus, dass 2% davon nicht benötigt werden.

Damit findet sich die UWG im Schulterchluss mit der AFD.

Die Jamaika-Variante, die dann noch nachgeschoben wurde, besagt, dass CDU, FDP und Grüne der Auffassung sind, dass von den 800 Mio. € im Haushalt 5,6 Mio. nicht gebraucht und deshalb auch von den Städten nicht abgefordert werden müssen, da sie in den kommenden 3 Jahren wieder erwirtschaftet werden sollen. Damit würden wir uns freiwillig unter einem ständigen Spardiktat der Kämmerei stellen.

Von den im Kreishaushalt festgelegten 800 Mio. € sind über 95% gesetzlich bedingt. D.h., dass wir Gelder, auf die die Bürgerinnen und Bürger einen Rechtsanspruch haben, nicht einfach zurückhalten oder Zahlungen verzögern dürfen. Selbst von den knapp 30 Mio. €, die beim Kreis Mettmann als „Freiwillige Leistungen“ deklariert sind, ist lediglich ein kleiner Teil kurz- und mittelfristig beeinflussbar. Das Meiste ist durch langfristige Verträge gebunden. So werden beispielsweise Wohlfahrtsverbände beauftragt, Leistungen im Auftrag des Kreises anzubieten, die der Kreis ansonsten in eigener Regie und mit eigenem Personal ausführen muss. Außerdem: Wie hat der Kreis Überschüsse bzw. „Nichtausgaben“ und unerwartete Zahlungen von Bund und Land bisher behandelt. Unerwartete Zahlungen sind derzeit weder von Bund noch vom Land in 2025 zu erwarten. Falls zuvor angesetzte Gelder nicht verausgabt wurden oder es unerwartete Zuschüsse gab, haben wir sie in die Ausgleichsrücklage gebucht. Die Ausgleichsrücklage ist in der Regel komplett dazu verwendet worden, um die Kreisumlage des nächsten Jahres entsprechend zu reduzieren und der Kreis hat den Städten entsprechend weniger abgefordert.

Die SPD-Fraktion hat bzgl. eines wie auch immer gearteten Minderaufwandes noch einmal den Kämmerer befragt. Es wurde uns versichert, dass in diesem Haushalt für 2025 nur die Projekte etatisiert wurden, die auch tatsächlich umgesetzt werden können. Wir halten die Ausführungen des Kämmerers für schlüssig und glaubwürdig. D.h. – Es gibt keinen Spielraum für einen globalen Minderaufwand! Es sei denn, man will nach außen suggerieren: Liebe Städte, wir wollen Euch entlasten, aber wissen, dass wir dies nicht tun können. Im Allgemeinen nennt man dies: „Augenwischerei“.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe bereits von der vermeintlichen Floskel:
„Haushaltsklarheit ist Haushaltswahrheit“
gesprochen.
Haushaltsklarheit ist für uns weder in der UWG/AFD- noch in der CDU/FDP/Grünen-Variante
gegeben.

Wir werden deshalb den Haushalt ABLEHNEN!

**Rede
zum
Haushalt 2025
des Kreises Mettmann**

**Sitzung des Kreistages
am Donnerstag, dem 19. Dezember 2024**

Fraktionsvorsitzende Brigitte Hagling

Es gilt das gesprochene Wort.

**Sehr geehrter Herr Landrat Hendele,
sehr geehrter Herr Kreisdirektor Gilbert,
sehr geehrter Herr Kreiskämmerer Schölzel,
werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,**

„**Wer kein Ziel hat, kann auch keines erreichen**“, sagte einst der Philosoph Laotse. Heute sprechen wir über den Haushalt des Kreises Mettmann für das Jahr 2025, und wir alle wissen: Ein Ziel sollte klar sein – Entlastung unserer Städte und eine solide Finanzpolitik in schwierigen Zeiten. Dieses Ziel sollten wir alle konsequent verfolgen.

Die Lage der Kommunen

Die Städte unseres Kreises stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Steigende Sozialausgaben, höhere Personalkosten nach Tarifabschlüssen und anhaltend hohe Energiepreise belasten die kommunalen Haushalte erheblich. Hinzu kommt, dass der Kreis Mettmann seit nunmehr 20 Jahren keine Schlüsselzuweisungen vom Land NRW erhält. Diese strukturelle Schieflage muss endlich angegangen werden, denn ohne eine Reform des Finanzausgleichs wird sich die Situation nicht verbessern.

Dass unsere Städte nicht nur mit wirtschaftlichen, sondern zunehmend auch mit gesellschaftlichen Herausforderungen zu kämpfen haben, ist offensichtlich. Die Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen, gestiegene Kosten im sozialen Bereich sowie die teils marode Infrastruktur erfordern Lösungen – Lösungen, die Bund und Land jedoch allzu gerne an die Kommunen weiterreichen, ohne entsprechende finanzielle Mittel bereitzustellen.

Unser Antrag auf eine Minderausgabe von 2%

Vor diesem Hintergrund hatte die UWG-ME den Antrag auf eine globale Minderausgabe von 2% gestellt. Ein bescheidener Vorschlag, der vor allem eines zum Ziel hatte: den Städten Luft zum Atmen zu verschaffen. Leider wurde dieser Antrag abgelehnt. Einmal mehr wurde die Chance verpasst, mit dieser Sparmaßnahme ein klares Signal der Solidarität gegenüber den kreisangehörigen Städten zu senden.

Das Instrument der globalen Minderausgabe ist eine legale Maßnahme, die unseren Kreisstädten etwas Luft verschafft hätte, weil dadurch die Kreisumlage hätte sinken können. Der Kreisjugendrat hat in seinem kleinen Budget immerhin 7.000 Euro eingespart. Dieser Vorschlag des Kreisjugendrates hat mich persönlich sehr berührt. Macht sich doch die Jugend unseres Kreises Gedanken um die finanzielle Lage unserer Städte. Diese Jugendlichen sind die Politiker von morgen. Ein solches Verantwortungsbewusstsein wünschen wir uns auch an anderen Stellen.

Der Haushalt – Licht und Schatten

Der vorliegende Haushalt zeigt zwar Bemühungen, die Kreisumlage stabil zu halten, doch dies reicht nicht aus. Für viele Städte bedeutet die Umlage weiterhin eine erhebliche Belastung, die kaum noch zu stemmen ist. Ja, der Kreis hat an einigen Stellschrauben gedreht, und ja, es gab kleinere Verbesserungen – aber wir müssen uns auch eingestehen, dass ein „Weiter so“ keine Antwort auf die finanzielle Krise unserer Städte sein kann.

Die größten Kostentreiber bleiben der Sozialbereich und die Personalausgaben. Hier müssen wir endlich bereit sein, Strukturen zu hinterfragen und Effizienzpotenziale zu heben. Es geht nicht darum, notwendige Leistungen zu kürzen, sondern darum, diese nachhaltig finanzierbar zu gestalten.

Der Kreishaushalt und damit auch die Kommunen werden im nächsten Jahr deutlich mehr durch die Landschaftsumlage belastet als in 2024 und ich appelliere an die Kolleginnen und Kollegen der Landschaftsversammlung dafür zu werben, dass die Landschaftsumlage so gering wie möglich ausfällt, weil das sowohl den Kreishaushalt als auch die Kommunen entlasten würde.

Digitalisierung und Verwaltung

Ein weiterer Schlüssel zur Entlastung liegt in der Modernisierung unserer Verwaltung. Digitalisierung und flexible Arbeitsmodelle können nicht nur Kosten senken, sondern auch den Fachkräftemangel abfedern. Mehr Homeoffice-Möglichkeiten, digitale Prozesse und die effiziente Nutzung von Raumkapazitäten sind nicht nur zeitgemäß, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll.

Die Verantwortung des Bundes und die Bundestagswahl 2025

Im kommenden Jahr stehen wir vor einer Bundestagswahl, die richtungsweisend sein wird – auch für uns auf kommunaler Ebene. Wir fordern, dass die künftige Bundesregierung die finanzielle Ausstattung der Kommunen endlich zu einer Priorität macht. Es darf nicht sein, dass Bund und Länder Aufgaben verteilen und die Kommunen diese mit leeren Kassen schultern müssen. Hier braucht es ein klares Bekenntnis zur kommunalen Familie und eine faire Mittelverteilung.

Unser Fazit

Der Haushaltsentwurf für 2025 spiegelt die schwierige finanzielle Lage wider, in der wir uns befinden. Er zeigt Ansätze, aber auch Versäumnisse. Unser Antrag auf eine globale Minderausgabe von 2% hätte eine wichtige Entlastung geschaffen, wurde jedoch von der Mehrheit dieses Kreistages abgelehnt. Deshalb können wir diesem Haushalt nicht uneingeschränkt zustimmen. Wir werden uns bei der Abstimmung enthalten – als Zeichen dafür, dass wir mehr Sparbereitschaft und mehr Solidarität gegenüber unseren Städten erwarten.

Unser Dank

Abschließend möchten wir der Verwaltung, insbesondere der Kämmerei für die umfangreiche Arbeit an diesem Haushalt danken. Ein besonderer Dank gilt auch Herrn Kreiskämmerer Christian Schölzel, der uns während unserer Klausurtagung mit Rat und Tat zur Seite stand. Ein Dank geht auch an die Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion, die sich bei den Haushaltsberatungen konstruktiv eingebracht haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie uns nicht vergessen, dass wir als Mitglieder des Kreistages eine Verantwortung gegenüber den Einwohnern unserer Städte haben. Lassen Sie uns gemeinsam Wege finden, um in schwierigen Zeiten nicht nur zu verwalten, sondern aktiv zu gestalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Brigitte Hagling
Fraktionsvorsitzende
UWG-ME

Haushaltrede Ingmar Janssen 19.12.2024

Eine kleine Geschichte:

Die zwei Wölfe

Ein alter Indianer sitzt mit seiner kleinen Enkelin am Lagerfeuer.
Er möchte ihr etwas über das Leben erzählen.
Er sagt: "Im Leben gibt es zwei Wölfe, die miteinander kämpfen:
der Erste ist Hass, Misstrauen, Feindschaft, Angst und Kampf.
Der Zweite ist Liebe, Vertrauen, Freundschaft, Hoffnung und Friede."
Das kleine Mädchen schaut eine zeitlang ins Feuer,
und dann fragt sie: "Welcher Wolf gewinnt??"
Der alte Indianer schweigt.
Nach einer ganzen Weile sagt er:
„Der, den du fütterst!“

Die derzeitige Weltgeschichte zeigt, dass dies aktueller denn je ist: Das Weltklima kollabiert, Krieg in der Ukraine, Krieg in Israel und Palästina, Hunger und Elend in vielen Ländern, Hass und Hetze in asozialen Medien und im Umgang der Menschen untereinander.

Die Haushaltslage für den Kreis ist nicht gut. Aber der Kreis kann dies ja durch die Kreisumlage recht einfach lösen. Mit Taschenrechner und Dreisatz! Das ist jedoch zu einfach. Besser wäre Aufgabenkritik, Optimierung von Verwaltungshandeln, Effektivierung von Verwaltungsabläufen und sachgerechtes Zusammenarbeiten für die Bürger.

Was nichts bringt ist das ewige Lamentieren über „freiwillige“ Aufgaben, das wiederholte Fordern pauschaler Kürzungen ohne Substanz und das Schimpfen auf Bund und Land. Wenn Sie die Kritik an Bund und Land ernst meinen, liebe Vertreter der Parteien, dann ändern sie das doch in und mit Ihren Parteien. Sie haben doch den Einfluss, oder etwa nicht. Oder ist das ganze nur ein verbales Possenspiel?

Ja, es sind schwierige Zeiten. Und nein, da hilft kein Jammern und Lamentieren. Für einen guten Haushalt des Kreises wie im Privaten sorgt eine gute Familie. Eine Familie die sich für das soziale und friedliche Zusammenleben einsetzt und zusammenhält. Das sollte auch für die Politik gelten.

Insgesamt wünsche ich mir dabei in der Politik mehr Demut, Toleranz und Gelassenheit.

Und ich wünsche Ihnen allen und Ihren Angehörigen und Familien ein frohes und glückliches Weihnachtsfest sowie ein erfolgreiches, gesundes und friedliches neues Jahr 2025.

Und immer dran denken: Den richtigen Wolf füttern!

Denn Gewalt ist niemals eine Lösung!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort.

Mettmann, den 19.12.2024

Ingmar Janssen